

Weltweit

Mitteldeutsche Neueste Nachrichten

Mit den Beilagen: „Illustrierte Beilage“, dem „Unterhaltungsblatt“, „Die Heimat“, „Sart und Ernte“, „Aus der Welt der Frau“, „Recht- und Steuerfragen“, „Behandlungsfrage im Hause“, „Die Welt der Technik“, „Handwerk und Gewerbe“, „Mode, Heim und Gesellschaft“, „Jugend und Film“, „Wanderleben und Reisen“, „Auto und Kraftfahr“, „Fests junge Volk“.

Wochenpreis für den halbjährlichen Bestellbetrag 10 Mark; im Voraus 20 Mark; für den Jahresbestellbetrag 20 Mark. Bestellungen sind zu richten an: Verlagsamt, Postfach 1000, Berlin 10. Preis für den Einzelheft 1 Mark.

Verlagsamt, Postfach 1000, Berlin 10.

Druck: Verlagsamt, Postfach 1000, Berlin 10.

Universitäts- und Landesbibliothek

Nr. 144

Dienstag, den 23. Juni 1931

57. Jahrgang

Simson über den Hoover-Plan

Keine internationale Konferenz

Amerika verlangt sofortige Annahme

Keine Zeit zu verlieren Eine lange Debatte würde alles vernichten

Washington, 22. Juni. (M.B.) Staatssekretär Simson erklärte, zu einer internationalen Konferenz des Vorschlags Hoover fehle die Zeit. Eine internationale Konferenz komme also nicht in Frage. Sollte der Vorschlag die gewünschte Wirkung haben, dann müßte er unverszüglich von den Gläubigern Deutschlands angenommen werden. Alle beteiligten Staaten seien auf diplomatischem Wege von dem Vorschlag des Präsidenten unterrichtet worden.

Das nähere wird über die Erklärung Simsons aus Washington gemeldet. An der Pressekonferenz teilte Staatssekretär Simson mit, daß die Fortsetzung der Vorbereitung des amerikanischen Planes bei den beteiligten Mächten bereits auf diplomatischem Wege erfolgt sei. Daß eine internationale Konferenz zur Diskussion über Hoovers Vorschlag einberufen werde, lehnte Simson rundweg ab. Er betonte, die Angelegenheit bringe so sehr, daß man zu Konferenzen und langen Debatten keine Zeit habe. Was man brauche, sei eine sofortige Zustimmung aller Mächte. Nur das werde den benötigten psychologischen Effekt auslösen und die spätere Realisation durch den Kontrahenten der beteiligten Staaten so gut wie sicherstellen. Wenn aber die Aktion nicht einmütig erfolge, so könnte überhaupt nichts erreicht werden. Es sei, eine lange Debatte würde alles zunichte machen.

Simson ging hierauf auf den Hindenburgbrief ein, zu dem er bemerkte, daß er erst am Sonntag, also nach der Erklärung Hoovers, in Washington eingetroffen sei. Er erklärte, daß es nicht der Hindenburgbrief gewesen sei, der Hoover zu einer sofortigen Aktion veranlaßt habe, sondern daß der Hindenburgbrief lediglich die Möglichkeit des Hooverischen Schrittes befestigt habe. Simson hat über den Hergang bei dem Schritt Hoovers, um feststehen zu lassen, daß die amerikanische Erklärung abgegeben: „Selbst die finanzielle Lage in Deutschland hat Gegenstand des Studiums wurde, daß Präsident Hoover sich bemüht, möglichst

Frankreich und Hoovers Vorschlag

Neue politische Forderungen

Paris, 23. Juni. (L.) In französischen politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Frankreich bei seiner Stellungnahme zu Hoovers Vorschlag folgende Gesichtspunkte im Auge behalten werde: 1. Es sei zu bedenken, ob der Vorschlag des Präsidenten überhaupt zuzustimmen habe, um amerikanischen Kongress in vollem Umfang gebilligt zu werden. Man dürfe die Haltung der amerikanischen Volksoberleitung gegenüber dem von Wilson unterzeichneten Versailler Vertrag nicht vergessen.

2. Man müsse ferner die Frage unterwerfen, ob die Wiederherstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit nach Ablauf des Moratoriums vollkommen gelöst werde. 3. Frankreich müsse alles tun, damit der ungeheuerliche Teil der deutschen Zahlungen nicht entfallen werde. Ferner müßte Frankreich jetzt die von Deutschland in Locarno vereinbarte bindende Erklärung verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag geschlossenen Grenzen unänderlich seien. Vermutlich werde die französische Regierung in Washington erklären, daß sie Hoovers Vorschlag nur unter der Voraussetzung grundsätzlicher Vorarbeiten unterzeichnet. Auch in Bezug auf die Abzahlungsfrage seien politische Garantien von Seiten Deutschlands unerlässlich.

Fortgang der deutschen Aktion

Wesprechungen mit Reichsminister v. Brüning

Berlin, 23. Juni. (M.B.) (Gig. Meldung.) Während Reichsminister v. Brüning bereits verfahren hat, um sich auf seinen Reisen zu begeben, behält in dem Reichsminister in Washington, Dr. v. Brüning, festgehalten, in denen die durch den Vorschlag des Präsidenten Hoover und die Besprechungen erklärt, daß die Vorschläge Hoovers in maßgebender Weise mit Berücksichtigung aufgenommen werden. Sie schienen geeignet, die wirtschaftliche und finanzielle Krise in Deutschland einzulösen. Da die französische Regierung nicht über alle Einzelheiten des amerikanischen Vorschlags unterrichtet sei, werde sich der Kabinettsrat bzw. der Ministerrat erst am Dienstag mit dieser wichtigen Angelegenheit befassen können. Die Regierung hoffe, daß es sich nach der Auffassung Hoovers nicht darum handle, die Rechte Frankreichs zu beeinträchtigen. Frankreich könne auf den ungeheuerlichen Teil der Zahlungen nicht verzichten.

Amerika besteht auf bedingungsloser Annahme

New York, 23. Juni. In Streifen des Weissen Hauses und des Staatsdepartements herrscht die Meinung vor, daß die für morgen erwartete Antwort der französischen Regierung, wenn sie auch nicht ab-

Das Weltecho

Führende Staatsmänner zum Hoover-Plan

In England.

London, 23. Juni. Unter den zahlreichen Meinungsäußerungen von führenden Engländern zum Hoover-Plan sind zunächst die Äußerungen des Ministers Thomas zu erwähnen. Es sei der erste, aber unermessliche Schritt für eine Befreiung der Welt. Seit dem Einbruch des Krieges, der Welt würde in nicht mehr zu überschätzender Weise erleichtert, daß es in der Welt einen Mann gäbe, der die Verantwortung für die wirtschaftliche Verbindung mit anderen Nationen anerkenne. Lloyd George meint, daß man die Schwierigkeiten gefunden wären, die einen gewissen Unterschied für das Wirtschaftswesen in der Welt gemacht hätten. Er habe schon vor neun Jahren bei Amerika und Frankreich die Anerkennung des Prinzips, der Erleichterung der Kriegsschulden telegraphisch verlangt, aber damals sei es abgelehnt worden. Lord Rothermere fann sich nicht vorstellen, daß Frankreich jemals Zugeständnisse hinsichtlich der ungeheuerlichen Zahlungen machen werde. Führer der Wirtschaft und der Industrie begrüßen den Hoover-Plan als einen Versuch zur Lösung der Krise.

In Frankreich.

London, 23. Juni. Über französische Stellung zum Hoover-Plan äußerte der französische Finanzminister Ribbentrop dem „Daily Herald“ gegenüber, die französische Regierung könnte erst in einigen Tagen eine Antwort geben. Da der Hoover-Plan noch näher prüfen müßte. Francois Pontet meint, daß es eine sehr ernste Sache wäre, wenn man den Hoover-Plan annehme. Der erste Schritt in dieser Richtung wäre die Erklärung, daß die französische Regierung folgende Haltung einnehmen werde: 1. Der Hoover-Plan soll soweit wie nur möglich gebilligt werden. 2. Deutschland solle aus seinen Verpflichtungen hinsichtlich der geschuldeten Teile der Reparationszahlungen nicht befreit werden, da Frankreich vier- bis fünfzig Millionen Pfund verliere.

In Italien.

Rom, 23. Juni. (L.) Der vorerwähnte Freitag hat der italienische Außenminister Grandi im Palazzo Chigi den Botschafter der Vereinigten Staaten empfangen und mit ihm eine längere Unterredung geführt. De-

Reichsregierung und Arbeitsstreckung

Die Fragen der Einkommensstützung und der Neueinstellungen

Im Reichsarbeitministerium fand am Montag die angekündigte Besprechung zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die zu erzielende Durchführungsanordnung zur Frage der Arbeitsvermittlung statt, zu deren Abänderung die Reichsregierung in der Rotterdamer Erklärung sich ermächtigt hat.

Ala-Bund gegen die Notverordnung

Der Bundesausschuss des Allgemeinen freien Arbeiterbundes (Ala-Bund) trat am Montag im Reichsarbeitministerium zu einer Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt seiner Beratungen stand die Erörterung der Notverordnung und der politischen Lage, nach Referaten des Bundesvorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Kahlbacher, des Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung des Ala-Bundes, Dr. v. Siedler, und einer mehrstündigen Debatte wurde beschlossen, der Reichsregierung eine Erklärung auszusenden, in der sehr gegen die Notverordnung Stellung genommen wird. Die Aufhebung einer Resolution, zu gegebener Zeit sei unangebracht, die in Aussicht gestellten Abänderungen zu unterbreiten, als daß sich der Ala-Bund damit abfinden könnte.

Wenn nicht eine doppelte Verzweiflung die Massen ergreifen sollte, dann müßten alsbald und befristet wesentliche Änderungen an der Rotterdamer Vereinbarung werden.

Bordringlich sei die Wiederherstellung eines ausreichenden Schutzes der Erwerbslosen und des Zerstörten.

Der Entwurf sei eine Würdigung des Gehaltens des Lohnes im vollen Umfang der Arbeitsstreckung vor. Bei einer Überwälzung der regelmäßig möglichen Verantwortung zur Frage der Arbeitsvermittlung an die durch Lohnstauung und Krisenrisiko bereits geschädigten Einkommen.

noch einmal um ein Sechstel gekürzt werden. Dagegen ist in dem Entwurf für die Durchführungsanordnung eine Verpflichtung der Arbeitgeber zu Neueinstellungen entsprechend der Arbeitsstreckung festzulegen. Die Frage der Lohnstreckung ist es zu einer sehr lebhaften Aussprache. Die Gewerkschaften vertreten die Meinung, daß den Arbeitnehmern nicht nur den bereits ausliegenden Beschlüssen noch eine weitere Senkung des Einkommens zugemutet werden könne. Von den Vertretern des Gewerkschaftsbundes der Arbeitgeber wurde eine sehr ernste Schilderung der Situation vor allem für die Angehörigen als völlig untragbar bezeichnet. Sehr lebhaft kam weiter die Befürchtung zum Ausdruck, daß ohne Ein-



